



**Europäisches Medienrecht –
der NEWSLETTER**

Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken/Brüssel

**Ausgabe 9/2015
11. Jahrgang**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit der vorliegenden neunten Ausgabe des Newsletters wollen wir Ihnen, den Mitgliedern, Förderern und Partnern des EMR einen kurzen Überblick über relevante Entwicklungen des Medienrechts in Europa zur Verfügung stellen.

Auf folgende Inhalte der aktuellen Ausgabe möchten wir Sie besonders aufmerksam machen:

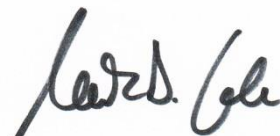
- das Urteil des **BVerfG** zur Verfassungswidrigkeit von **Durchsuchungen in Redaktionsräumen** und Wohnungen von Journalisten;
- das Urteil des **BGH** zur **Rechtmäßigkeit** von **Framing** zulässig eingestellter Werke;
- das Urteil des **österreichischen OGH** zur **Sperrpflicht** illegaler **Online-Portale** durch **Internet-Provider**;
- die **Einführung** eines neuen **Urheberrechtsgesetzes** in der **Slowakei**;
- das **Urteil** des **britischen High Court of Justice** zur **Unvereinbarkeit** nationaler Vorschriften zur **Vorratsdatenspeicherung** mit der **Rechtsprechung** des **EuGH**.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre der ausgewählten Beiträge.

Das Direktorium des EMR



Prof. Dr. Stephan Ory
(Direktor)



Prof. Dr. Mark D. Cole
(Wissenschaftlicher Direktor)



Peter Matzneller, LL.M. Eur.
(Geschäftsführer)

Inhalt:

DE: VERFASSUNGSWIDRIGE DURCHSUCHUNG IN REDAKTIONEN UND WOHNUNGEN VON JOURNALISTEN.....	4
DE: BGH HÄLT FRAMING VON ZULÄSSIG EINGESTELLTEN WERKEN FÜR URHEBERRECHTSKONFORM.....	6
DE: LG MÜNCHEN I BESTÄTIGT DIE ZULÄSSIGKEIT EINES WERBEBLOCKERS MIT SOG. „WEIBER LISTE“.....	7
AL: POSTPONEMENT OF THE DIGITAL SWITCHOVER DEADLINE AND LACK OF QUORUM OF THE MEDIA REGULATOR.....	8
AL: THE STEERING COUNCIL OF THE PUBLIC BROADCASTER FAILS TO ELECT THE NEW GENERAL DIRECTOR AFTER THREE ROUNDS OF VOTING.....	9
AT: OGH VERPFLICHTET INTERNET-PROVIDER ZUR SPERRUNG ILLEGALER ONLINE-PORTALE.....	10
CY: VALIDITY OF TEMPORARY TV LICENCES EXTENDED FOR ONE MORE YEAR.....	11
CZ: LARGE FINE FOR M7 GROUP IN CZECH REPUBLIC.....	12
SK: NEW COPYRIGHT ACT ADOPTED.....	13
UK: ARTICLES IN NEWSPAPERS CAUSED SERIOUS HARM.....	14
UK: HIGH COURT OF JUSTICE ISSUES A PRIVACY INJUNCTION AGAINST A NEWSPAPER.....	15
UK: BRITISCHES GESETZ ZUR VORRATSDATENSPEICHERUNG VERSTÖßT GEGEN EU-RECHT.....	16

DE: Verfassungswidrige Durchsuchung in Redaktionen und Wohnungen von Journalisten

Mit den Beschlüssen vom 13.7.2015 – 1 BvR 1089/13, 1 BvR 1090/13 und 1 BvR 2480/13 – hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden, dass die Redaktionen oder Wohnungen von Journalisten nicht durchsucht werden dürfen, wenn es vorrangig darum geht, den Verdacht von Straftaten durch Informanten aufzuklären.

Im vorliegenden Fall wandten sich ein Journalist sowie ein Zeitungsverlag mit ihren Verfassungsbeschwerden gegen die strafprozessuale Durchsuchung der Redaktionsräume und der Privatwohnung des Pressevertreters.

Anlass der Strafverfolgung war eine Recherche. Der Journalist reiste dazu zusammen mit einem Polizeioberkommissar im Frühjahr 2011 nach Amsterdam, um über das Verschwinden zweier Kinder in den 1990er Jahren zu recherchieren. Der Kommissar erstellte später an die Chefredaktion eine Rechnung, die mit den Worten „Wegen der Konspirativität in dieser Sache bitte ich um Barauszahlung“ endete. Auf diese Rechnung stießen die Behörden im Rahmen von Ermittlungen gegen den Beamten wegen Geheimnisverrats. Der Beamte stand im Verdacht eine geplante Razzia der Berliner Polizei im Rockermilieu an Journalisten weitergegeben zu haben. Über die bevorstehende Razzia hatte jedoch nicht der Zeitungsverlag vorab berichtet, sondern ein mit diesem nicht in Zusammenhang stehendes Online-Portal.

Im November 2012 wurden das Redaktionsgebäude sowie die Privatwohnung des Beschwerdeführers wegen des Verdachts der Bestechung durchsucht und verschiedene Datenträger sowie elektronische Geräte (Notebook, Mobiltelefone) beschlagnahmt. Vor der Vollstreckung des Beschlusses wurden allerdings die verfahrensgegenständliche Rechnung sowie Belege über die Flugreise des Beamten von Berlin nach Amsterdam, Mietwagenkosten sowie Kosten für die Unterkunft des Beamten in Amsterdam und Zandvoort überreicht.

Die gegen den Durchsuchungsbeschluss eingelegte Klage verwarfen das Landgericht Berlin und das Amtsgericht als unbegründet, weil die Gegenstände als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein könnten. Dagegen wehrten sich die Beschwerdeführer vor dem BVerfG.

Das Gericht stellte zunächst fest, dass der Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG (die Pressefreiheit) den Schutz vor dem Eindringen des Staates in die Vertraulichkeit der Redaktionsarbeit sowie in die Vertrauenssphäre zwischen den Medien und ihren Informanten umfasst. Eine Durchsuchung erfordere zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat, die den Beschlagnahmeschutz des § 97 Abs. 5 Satz 1 StPO entfallen lässt. Ein bloß allgemeiner Verdacht, dass dienstliche Informationen an die Presse weitergegeben wurden, genügt den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht, so das BVerfG. Weder dem Durchsuchungsbeschluss noch der Beschwerdeentscheidung sei zu entnehmen, für welche Informationen Geld gezahlt worden sein soll. Der Tatbestand der Bestechung verlange jedoch schon einfachrechtlich die Vornahme einer hinreichend konkreten Diensthandlung. Das BVerfG trug weiterhin vor, dass es in Bezug auf die Beschwerdeführer daher an zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkten für eine Straftat mangelt, die den Beschlagnahmeschutz entfallen lässt. Demzufolge sei die Durchsuchung und Beschlagnahme nicht auf einen konkreten Verdacht gegenüber den betroffenen Presseangehörigen gestützt, sondern diene dem vorrangigen oder ausschließlichen Zweck, Verdachtsgründe gegen den Informanten zu finden. Damit widersprüchen die angeordneten Maßnahmen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und seien verfassungswidrig.

Somit hat die 3. Kammer des Ersten Senats des BVerfG den Verfassungsbeschwerden gegen die Durchsuchungsmaßnahmen und Beschlagnahmen stattgegeben. Das Gericht hob die angefochtenen Beschlüsse auf, da diese auf einem Grundrechtsverstoß beruhten. Die Sache wurde an das Landgericht zur erneuten Entscheidung über die Kosten zurückzuverweisen.

Die Beschlüsse des BVerfG sind abrufbar unter:

http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/07/rk20150713_1bvr108913.html;jsessionid=CF4EB67B63B4796B093A0F130ED558D7.2_cid383

http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/07/rk20150713_1bvr248013.html;jsessionid=CF4EB67B63B4796B093A0F130ED558D7.2_cid383

Cristina Bachmeier, LL.M.

DE: BGH hält Framing von zulässig eingestellten Werken für urheberrechtskonform

Mit U. v. 9.07.2015 hat der BGH entschieden, dass der Betreiber einer Website grundsätzlich keine Urheberrechtsverletzung begeht, wenn er Inhalte, die zwar urheberrechtlich geschützt, aber auf einer anderen Internetseite mit Zustimmung des Rechteinhabers öffentlich zugänglich sind, im Wege des "Framing" in seine eigene Internetseite einbindet (Az. I ZR 46/12 – Die Realität II).

Die Klägerin hatte einen Film mit dem Titel „Die Realität“ herstellen lassen, mit dem sie für ihre Produkte warb und an dem sie die ausschließlichen Nutzungsrechte besaß. Der Werbefilm war nach dem Vorbringen der Klägerin ohne ihre Zustimmung auf dem Videoportal „YouTube“ eingestellt worden. Die Beklagten, selbständige Handelsvertreter eines Wettbewerbers der Klägerin, betteten dieses Video jeweils auf ihren Websites im Wege des „Framings“ ein und ermöglichten es Nutzern auf diese Weise, den Film vom „YouTube“-Server aus durch einen Klick in einem auf den Internetseiten der Beklagten angezeigten Rahmen anzusehen. Hierin sah die Klägerin ein unberechtigtes öffentliches Zugänglichmachen des Videos. Ihre Klage auf Schadensersatz hatte erstinstanzlich Erfolg, wurde jedoch vom Berufungsgericht abgewiesen.

Der BGH verneinte das Vorliegen eines öffentlichen Zugänglichmachens im Sinne des § 19a UrhG durch bloßes „Framing“. Die Entscheidung darüber, ob das Video öffentlich zugänglich bleibe, liege im vorliegenden Fall einzig bei „YouTube“. Auch sei bei einer richtlinienkonformen Auslegung des § 15 Abs. 2 UrhG vorliegend kein unbenanntes Verwertungsrecht der öffentlichen Wiedergabe verletzt. Dem BGH-Urteil war eine Entscheidung des EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens des BGH vorangegangen, in welchem dieser das Vorliegen einer öffentlichen Wiedergabe durch „Framing“ verneinte, sofern das Werk auf der ursprünglichen Internetseite mit der Erlaubnis des Rechteinhabers frei zugänglich gemacht wurde (EuGH, B.v. 21.10.14 – ECLI:EU:2014:2315 – becklink 1035365). Nach Ansicht des BGH ergibt sich aus den Ausführungen des EuGH im Umkehrschluss, dass eine öffentliche Wiedergabe durch „Framing“ vorliegen soll, soweit keine Erlaubnis des Rechteinhabers gegeben ist. Die Beklagten hätten daher im vorliegenden Fall das Urheberrecht am Film verletzt, falls dieser ohne Zustimmung der Klägerin bei „YouTube“ eingestellt worden wäre. Da das Berufungsgericht hierzu keine Feststellungen getroffen hatte, hat der BGH das Berufungsurteil aufgehoben und den Rechtsstreit an das Berufungsgericht zurückverwiesen. Dieses wird nun die für eine weitere Beurteilung erforderlichen Feststellungen bezüglich der Rechtswidrigkeit des Einstellens des Werkes bei „YouTube“ zu treffen haben.

Die Pressemitteilung des Bundesgerichtshofs ist abrufbar unter <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2015&Sort=3&nr=71618&pos=0&anz=115>

Tobias Raab

DE: LG München I bestätigt die Zulässigkeit eines Werbeblockers mit sog. „Weißer Liste“

Das LG München I hat mit Urteilen vom 27.05.2015 – Az.: 37 O 11843/14 und 37 O 11673/14 – den geltend gemachten Unterlassungsanspruch eines Webseitenbetreibers gegen den Software-Hersteller eines Werbeblocker-Programms als unbegründet erachtet.

Das streitgegenständlichen Programm blockiert die Anzeige von Werbungen im Internet und kann von Nutzern kostenfrei heruntergeladen werden. Internetseitenbetreiber können sich allerdings durch die Zahlung eines teilweise umsatzabhängigen Entgelts in die sog. „Weißer Liste“ eintragen lassen, sofern sie von dem Software-Hersteller aufgestellte Kriterien für akzeptable Werbung bei ihren Werbeanzeigen einhalten. Ein Eintrag in die „Weißer Liste“ bewirkt eine Freischaltung der Werbung auf der Webseite, sodass die Werbeanzeigen auch bei aktiviertem Werbeblocker erscheinen.

Der Unterlassungsanspruch gegen dieses Geschäftsmodell wurde durch das Gericht insbesondere mangels eines konkreten Wettbewerbsverhältnisses zwischen dem Werbeblocker und dem Webseitenbetreiber verneint. Es sei kein Konkurrenzen um denselben Nutzer gegeben, die Konkurrenz um die Aufmerksamkeit der Nutzer könne in diesem Falle nicht zur Begründung eines Wettbewerbsverhältnisses herangezogen werden, da das Angebot des Werbeblockers gerade der Blockade von Werbung diene und im Gegensatz zu der Intention des Webseitenbetreibers nicht auf die Erzielung von Aufmerksamkeit für die Werbung gerichtet sei. Auch mit dem entgeltlichen Angebot zur Freischaltung bestimmter Werbeanzeigen wende sich der Werbeblocker vielmehr an die Betreiber und Vermarkter von Webseiten, was diese insoweit zu potentiellen Nachfragern und nicht zu Mitbewerbern i.S.v. § 2 Abs. 1 Nr. 3 UWG mache.

Weiterhin bezwecke ein Geschäftsmodell, das sich sowohl aus einem für die Nutzer kostenlosen Angebot eines Werbeblockers als auch aus einem für Webseitenbetreiber und Werbevermarkter kostenpflichtigen Angebot einer „Weißer Liste“ zusammensetze, in erster Linie nicht die Beeinträchtigung der Marktstellung und der Wettbewerbsfähigkeit der Webseitenbetreiber, sondern vor allem die Förderung der eigenen geschäftlichen Interessen. Durch ein solches Geschäftsmodell liege deswegen auch keine gezielte Behinderung der Webseitenbetreiber i.S.v. § 4 Nr. 10 UWG vor.

Außerdem könne durch das kostenfreie zur Verfügung stellen eines Werbeblockers nicht von einer allgemeinen Marktstörung i. S. v. § 4 Nr. 10 UWG ausgegangen werden, da es dem freien Wettbewerb immanent sei, dass sich bestehende Strukturen wandeln und Unternehmen auf neues Nutzerverhalten und geänderte Marktbedingungen reagieren müssen. Hierbei sei insbesondere zu beachten, dass die eigenständige Entscheidung des Internetnutzers, ob und in welchem Maße er Werbung sehen möchte, ein Teil der grundrechtlich geschützten negativen Informationsfreiheit des Internetnutzers sei. Ein Werbeblocker-Programm sei insoweit nur als eine mittelbare Blockade von Werbung zu begreifen, da es als Werkzeug des Nutzers diene, welches diesem lediglich die Ausübung seiner Handlungsalternativen ermögliche.

Die Pressemitteilung des LG München I ist abrufbar unter:

<http://www.justiz.bayern.de/gericht/lg/m1/presse/archiv/2015/04820/index.php>

Katrin Welker

AL: Postponement of the digital switchover deadline and lack of quorum of the media regulator

On 15 June 2015 the Audiovisual Media Authority (Autoriteti i Mediave Audiovizive – AMA) issued a press release, stating that due to various factors it was impossible for Albania to meet the deadline for the digital switchover. AMA declared that in spite of measures taken to realize the switchover, it was impossible to fully implement the strategy of switching to digital broadcasting and to switch off analogue broadcasting until 17 June 2015. AMA declared further, that – apart from bearing financial costs – the postponement of the deadline and the delays in the digital switchover process also have an influence on the Albanian state’s ability to respect international commitments.

AMA highlighted various parts of the process of the digital switchover in its statement that have been slow or halted, leading to delays of the whole process. The regulator specified three particular components of the digital switchover process that are intertwined and affect the whole progress: the digitalization of terrestrial analogue networks of the public broadcaster, the digitalization of terrestrial analogue networks of national commercial operators, and the digitalization of terrestrial analogue networks of local analogue broadcasters.

More specifically, the regulator particularly referred to the slow digitalization of the two networks of the public broadcaster. After a long court dispute, the company that won the tender for building the digital networks of the public broadcaster Albanian Radio and Television (Radio Televizioni Shqiptar – RTSH) signed the contract with RTSH and the government on March 2015.

In addition, AMA mentioned as a hindering factor the failure of the Parliament to elect the seventh missing member of the regulator. The regulator also referred to the lack of quorum and limited functionality of AMA resulting from two current members’ refusal to participate in meetings until the completion of a court process started by the opposition on the election of new members and the chair of AMA. As a result, AMA’s ability to make decisions that require a quorum has been limited.

Next to the postponement of the digital switchover deadline, the lack of quorum also affects the regulator’s ability to issue network licenses to existing commercial multiplexes, which have completed the application process in spring 2015. Although the decision was expected to take place 60 days after the closing of the application deadline, AMA lacks the quorum to make decisions on licenses for commercial operators. In fact, the latest scheduled meeting of AMA of 31 July 2015 did not take place due to the lack of quorum, the regulator announced. Furthermore, the process of licensing commercial digital networks has been challenged in court by one of the commercial operators, which might lead to further delays in the overall process.

Audiovisual Media Authority’s statement on the failure to respect the deadline of the digitalization process is available in Albanian language at:

<http://ama.gov.al/preview/wp-content/uploads/2015/06/Njoftim-per-median-mbi-afatin-e-digjitalizimit.pdf>

Audiovisual Media Authority’s press release of 31 July 2015 is available in Albanian language at:
<http://ama.gov.al/preview/njoftim-per-media-31-korrik-2015/>

Ilda Londo is a research coordinator at the Albanian Media Institute

AL: The Steering Council of the public broadcaster fails to elect the new General Director after three rounds of voting

The Steering Council of the public broadcaster Albanian Radio and Television (Radio Televizioni Shqiptar – RTSH) failed to elect the new General Director of RTSH after three rounds of voting in June 2015. The voting process shortlisted two final candidates, but none of them managed to get the majority required to become the General Director. According to Article 99, paragraph 6 of the Law 97/2013 on Audiovisual Media in the Republic of Albania the Steering Council needs at least seven votes out of eleven to appoint the new General Director.

The voting rounds took place after the application process, in which the record number of 20 applications were submitted for the position of the General Director of RTSH, including the former General Director, current RTSH staff, and other well-known personalities and journalists. 16 candidates which met the legal criteria made it on the short list. The Steering Council organized a public, televised hearing of their presentations on 20 June 2015, which marked the first public presentation in the history of the election procedure of RTSH directors.

After the voting process shortlisted two candidates, and none of these two shortlisted candidates received the majority of votes, the Steering Council decided to do another shortlisting process from the total number of applicants, in order to expand the pool of candidates to more than two. This led to a deadlock in the voting process. In its following meeting on 6 August 2015, the Steering Council failed to agree on a process of election that would lead to the new General Director. Currently the process has been postponed until September 2015.

Given the deadlock of the process, there have been proposals to change the current regulation on the election of the General Director. The Deputy Chair of the Parliamentary Commission on Media and Public Information and member of the ruling majority of Parliament has made a public statement on his social media page suggesting that the law could be amended to elect the director through simple majority of votes. According to the Deputy, this would solve the deadlock that threatens to leave the public broadcaster without a General Director.

For more than a year the public broadcaster has been managed by the deputy director. First the delay in electing members of the Steering Council, and now the delay in electing the General Director have led to the failure of RTSH to adopt its Statute, elect new management structures, and adopt other necessary documents and guidelines.

Law no. 97/2013 on Audiovisual Media in the Republic of Albania is available in English language (unofficial translation):

<http://institutemedia.org/Documents/PDF/Law%20on%20Audiovisual%20Media.pdf>

The report on failure to elect the General Director is available in Albanian language

<http://www.panorama.com.al/rtsh-ende-pa-drejtor-deshton-edhe-raundi-i-trete-gellci-merr-6-vota-malaj-5/>

MP Alfred Peza's statement on potential legal amendment is available in Albanian language:

<https://www.facebook.com/AlfredPeza/posts/867194513329809>

Ilda Londo is a research coordinator at the Albanian Media Institute

AT: OGH verpflichtet Internet-Provider zur Sperrung illegaler Online-Portale

Medienberichten zufolge hat der Oberste Gerichtshof (OGH) in Österreich mit Urtr. v. 1.07.2015 bestätigt, dass Internet-Provider dazu verpflichtet sind, illegale Online-Filmportale für die Nutzung durch ihre Kunden zu sperren. Das Gericht festigte mit dem Urteil seine Rechtsprechung und betonte, dass Zugangsvermittler eine Pflicht zur Sperrung solcher Internetseiten treffe, die strukturell rechtsverletzende Inhalte zugänglich machen.

Im vorliegenden Fall handelte es sich um die Portale movie4k und kinox.to, die urheberrechtlich geschützte Werke (meist Filme und TV-Inhalte) unbestritten rechtswidrig öffentlich zugänglich machen. Die Betreiber der Portale werden auch in Deutschland wegen Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Erpressung und gewerbsmäßiger Urheberrechtsverletzungen gesucht.

Die Richter verzichteten darauf, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anzurufen. Nach ihrem Dafürhalten wurden die zugrundeliegenden Rechtsfragen bereits durch eine EuGH-Vorabentscheidung aus dem Jahr 2014 umfassend geklärt (Urtr. v. 27.03.2014, Az. C-314/12 – MMR 2014, 397). Damals hatten die Produktionsgesellschaften Constantin Film und Wega gegen den Kabelnetzanbieter UPC Telekabel Wien geklagt, nachdem auf dem Portal kino.to illegale Kopien von Werken, für die sie die Urheberrechte besaßen, verbreitet worden waren. Die Kläger hatten vom Provider verlangt, den Zugang zur Seite für seine Kunden zu sperren. Dieser war dem Begehren nicht nachgekommen. Der EuGH hatte letztlich entschieden, dass Provider zur Sperrung solcher Websites gerichtlich verpflichtet werden können, deren Geschäftsmodell ganz oder überwiegend auf der Verletzung von Urheberrechten beruht.

Diese Grundsätze wendete der OGH auch im vorliegenden Fall an. Den Ausführungen der Provider, nach denen sie durch eine Sperrung finanziell und organisatorisch unangemessen benachteiligt würden, folgte das Gericht nicht. Vielmehr urteilte der OGH, dass die Vermittler sowohl finanziell als auch technisch ausreichend ausgestattet sein müssten, um entsprechende Zugangssperren zu realisieren. Hierbei entstehende Kosten seien in die geschäftliche Kalkulation der Provider einzuberechnen.

Tobias Raab

CY: Validity of temporary TV licences extended for one more year

On 26 June 2015, the law 94(I)/2015 amending the Law 7(I)/1998 on Radio and Television Organisations was published in the Official Gazette. It extends the validity of TV licences for all operating service providers for one more year. Following the switch-over to digital television on 1 July 2011, then existing licences for analogue transmission were replaced by temporary licences for digital transmission valid until 30 June 2012. Since then, due to pending amendments to the basic law 7(I)/1998 to respond to the conditions of the new environment and to make possible the issuance of permanent licences, temporary ones have been renewed each year for one more year. Thus, the validity of the temporary TV licences is extended until 30 June 2016.

With the same amending law, temporary licences to legal entities of public law are also extended for one year, even in the case that they do not fulfil the requirements set by law. This applies to the Cyprus Telecommunications Authority (Αρχή Τηλεπικοινωνιών Κύπρου – CYTA), a semi-governmental telecommunication organisation that operates IPTV as well. Its capital share and structure deviates from the model set in the basic law and in 2011 a special provision was introduced into law to accommodate it and enable its operation in the digital environment.

A provision is also made in the amending law that authorises the Radio Television Authority to issue temporary licences to new applicants, also valid until the aforementioned date.

An amending draft law aiming at extensive changes to the basic law to make possible – inter alia – the issuance of permanent licences was sent to the House of Representatives in 2013 (see IRIS 2013-10:1/13). The draft law was later withdrawn by the government for further study, with no date set for the return to the House.

Amending law 94(I)/2015 of the Law 7(I)/2015 on Radio and Television Organisations is available in Greek language at:

http://www.cylaw.org/nomoi/arith/2015_1_94.pdf

Christophoros Christophorou, Political analyst, Council of Europe expert in Media and elections

CZ: Large fine for M7 Group in Czech Republic

In its monitoring report of June 2015, the Czech Telecom Office (CTU) announced, that it has fined the M7 Group which operates the DTH platforms Skylink and the CS Link to the amount of CZK 9.5 million (€350,660) for failing to inform the regulator about the commencement of its activities in the country.

The Czech law requires the providers of electronic communication services to register the start of their activities with the CTU. The Group M7 is one of the major service providers of electronic communications in the Czech Republic. Its services are distributed by Astra and received by one tenth of the country's population. The company performs communication activities in the Czech Republic since 1 January 2013, but has only met its reporting obligation last year on 28 May 2014.

In a statement the CTU says that the amount of the fine reflects the seriousness of the offence and the duration in which the company carried out its communication activities without authorisation. Furthermore, the long-term illegal status had a significantly negative affect on the statistical data for the years 2013 and 2014 which was dealt with not only by the CTU, but also by other government authorities, by the judiciary, and by international organizations and the European Union".

The M7 Group has defended itself by saying that it acted in good faith and on the basis of the belief, that it was no "electronic communication service" as defined by article 2 lit c of the European Framework Directive (2002/21/EC), since it only provided content. Therefore, it believed not to be obligated to inform the regulator about the commencement of its activities.

The Monitoring Report Bulletin of CTÚ of June 2015 (Monitorovací zpráva CTÚ červen 2015) is available in Czech language at:

http://www.ctu.cz/cs/download/monitorovaci_zpravy/monitorovaci_zprava_06-2015_cerven.pdf

Jan Fučík, Česká televize, Praha

SK: New Copyright Act adopted

On 5 August 2015, the new Copyright Act No. 185/2015 Coll. was published in the official collection of law and will come into effect on 1 January 2016.

The key motive of producing a new Copyright Act were the essential changes relating to the exploitation of protected works on the internet that developed in the last decade. The progress of the digital environment caused uncertainty on the side of rights holders as well as on the side of users and industry. The preceding Copyright Act did not meet the requirements of the so-called internet economy as well as other sectors such as education, culture, and the public sector (e.g. open source education, repetitive exploitation of the protected data from the public sector or the exploitation of protected works by galleries, museums, libraries or archives). The aim of the legislators was to introduce legal norms that will secure a balance between the protection of the rights holders' and users' interests as well as legitimate access to protected works. The new Act shall also strengthen the enforcement of granted rights as well as improve the public control over the collective societies.

The new Act fully transposes the Directive 2001/29/EC and recognizes the latest case law of the Court of Justice of the European Union. For instance, the exception from the right to authorize or prohibit any reproduction of the protected work for a natural person's private use now explicitly states that the reproduction may be produced only from a legal source. A new exception from the reproduction right with respect to the caricature, parody or pastiche was introduced. The exception of the usage for the benefit of people with disability was complemented with new provisions on audio commentary, closed captions or audio books. The exception with regard to the incidental usage of a work or other subject-matter in non-related material was elaborated, so it clearly covers situations like incidental shots at running TV screens or a car with the radio turned on during a non-related audiovisual production. New exceptions for the purpose of the maintenance, or the demonstration of the functionality, or features of the technological equipment were also introduced.

The new law – for the first time in the Slovak legal system – explicitly distinguishes between audiovisual works and so-called used audiovisual works. The used audiovisual works further differ from pre-existent works which were created regardless of the audiovisual work (e.g. a book or music which was not primarily written or composed for a film adaptation) and works created explicitly for given audiovisual work (e.g. script, dialogues, music composed exclusively for a given audiovisual work). The notion of the rights to the audiovisual works is aligned with the continental conception „droit d'auteur“ where the author of an audiovisual work is always a natural person and the exercise of these rights may be transferred from the authors to the producer.

The new Act also introduced an extended collective license agreement which covers all works or other protected subject-matters including the ones of rights holders which are not represented by the collective society unless they explicitly ruled out this possibility (opt-out regime). Last but not least, to respond to the ongoing development of the digital environment, the new law introduced a multi-territorial license agreement for the online use of music.

The new Copyright Act No. 185/2015 Coll. Is available in Slovakian language at:
<https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2015/185/20160101>

Juraj Polak, Senior legal adviser at Radio and Television of Slovakia (PSB)

UK: Articles in newspapers caused serious harm

Damage to the reputation of a natural person caused by articles in newspapers must be proved and cannot be presumed. That was decided by the England and Wales High Court (Queen's Bench Division, Neutral Citation Number: [2015] EWHC 2242 (QB)) on 30 July 2015. The judgment dealt with five articles which were released in online and hard copy versions of several newspapers. The Court had to decide whether the articles caused or were likely to cause serious harm to the claimant under section 1(1) of the British Defamation Act 2013.

The plaintiff is a French national who had lived with his wife and son in the United Arab Emirates. The published articles reported about allegations made by his then ex-wife. She claimed to be a victim of domestic abuse. She said when she escaped her husband's abuse together with her son, he falsely accused her of kidnapping their son and therefore, exposed her to the risk of being charged with kidnapping. Then he had brought their son back home and away from her. The plaintiff brought an action for defamation against the newspapers for the publication of the articles.

The High Court decided that the articles caused serious harm to the reputation of the plaintiff.

According to the High Court, section 1(1) Defamation Act 2013 requires the claimant to prove that the publication has in fact caused serious harm to his reputation or will probably do so in the future. It must be proved on the balance of probabilities that the article has changed the attitude of other people towards the plaintiff; it is not enough to just prove an inherent tendency caused by the report. The judge pointed out, that it may be possible to prove harm to the reputation by inference. However, the intention of the Parliament when adopting the Defamation Act 2013 was for the courts to consider all relevant circumstances. Therefore it was important to determine the effect of the publications on the plaintiff's reputation, and not to only consider the words of the articles and their meaning. The plaintiff's evidence under cross-examination and supporting witness statements satisfied the High Court that the plaintiff's reputation was damaged by the articles.

Another relevant circumstance is the fact, that the claimant already had a bad reputation in the relevant sector of his life. But the House of Lords' authority establishes that, as a rule, a defendant may not prove bad reputation by showing that the same allegations about the claimant have been published on other occasions, by other people, or by the defendant. That rule prohibits the defendants from relying on publications by others whom the claimant has not sued. But this general rule is modified by section 12 Defamation Act 1952 which rules that the fact that the plaintiff has sued for libel in respect of another publication of the same allegations, is admissible in the mitigation of damages.

The verdict is available in English language at:

<http://www.bailii.org/ew/cases/EWHC/QB/2015/2242.html>

Ingo Beckendorf

UK: High Court of Justice issues a privacy injunction against a newspaper

On 5 August 2015 the High Court of Justice – Queen’s Bench Division (NCN: [2015] EWHC 2361 (QB)) issued a privacy injunction against a newspaper to prevent the publication of an article about the sex-life of a sportsman.

The famous sportsman and his wife filed an application for an injunction to restrain the publication of a newspaper article about the husband’s sex life. In the past the applicant had a sexual relationship with another woman while already being in a relationship with his future wife. The other woman claims to have met the sportsman at times when he should have been training for upcoming sport events.

The High Court had to balance the conflict between the applicants’ rights to privacy according to art. 8 European Convention on Human Rights (ECHR) and the Respondent’s right to freedom of expression according to art. 10 ECHR. The Court stated that the sportsman had a reasonable expectation of privacy and therefore the publication of an article on his sex-life with his ex-girlfriend would interfere with his right to privacy. While the sportsman was considered a public figure by the Court, it was noted that the married couple did not court publicly and that the sportsman only lived a public life to an extent which resulted from his job. In any case, the sex-life of a person was a very important aspect of the interests protected by art. 8 ECHR. Neither the question whether the relationship between the sportsman and the other woman was transient or not, nor the fact that the other woman did not live a private life made a difference in this regard. On the contrary, the High Court noted that the sportsman and the other woman tried to keep their relationship a secret by – for example – looking out for cameras.

Furthermore, the Court stated that an interference with the Applicants’ right to privacy by the publication of the article could not be justified. The Respondent’s arguments for the justification of the publication were dismissed by the Court. Neither did the judge see a public interest in exposing the applicant as a hypocrite for not acting as a role model, for breaking rules or deceiving his girlfriend and his manager, nor did the judge recognize socially harmful behaviour of the sportsman, since no one was corrupted or coerced.

The judgment of the High Court of Justice is available at:

<http://www.bailii.org/ew/cases/EWHC/QB/2015/2361.html>

Ass. iur. Gianna Iacino, LL.M.

UK: Britisches Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen EU-Recht

Mit U. v. 17.7.2015 hat der britische High Court of Justice (High Court) nationale Vorschriften zur Vorratsdatenspeicherung für unanwendbar erklärt. Nach Auffassung des Gerichts ist Section 1 des Data Retention and Investigatory Powers Act (DRIPA) unvereinbar mit dem U. des Gerichtshofes der Europäischen Union (EuGH) zur Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsdatenspeicherung (verb. Rs. C-293/12 und C-594/12 – MMR-Aktuell 2014, 356979). Die Wirkung seines U. setzte der High Court bis zum 31.3.2016 aus, um dem Gesetzgeber ausreichend Gelegenheit zu geben, die problematischen Regelungen durch rechtskonforme zu ersetzen.

Der High Court interpretierte die EuGH-Entscheidung so, dass Gesetze, die eine allgemeine Speicherpflicht für Kommunikationsdaten vorsehen, die Grundrechte auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz personenbezogener Daten (Art. 7 und 8 der EU-Grundrechtecharta) verletzen, sofern keine Zugangsregelungen im nationalen Recht existieren, die einen angemessenen Schutz dieser Rechte gewährleisten. Dabei könne das EuGH-Urteil weder so eng verstanden werden, dass die darin aufgeworfenen Bedenken hinsichtlich der Richtlinie nur dazu dienen, diese in ihrer Gesamtheit für ungültig zu erklären, noch dürfe man jeden einzelnen aufgeführten Kritikpunkt als entscheidend für die Ungültigerklärung ansehen. Statt dessen leitete das Gericht drei Aussagen aus der Entscheidung ab: Erstens dürften Ausnahmen und Beschränkungen hinsichtlich des Datenschutzes nur im Rahmen des absolut Notwendigen angewandt werden; daher bedürfe es klarer und präziser Regeln für die Tragweite und die Anwendung der fraglichen Maßnahme und Mindestanforderungen, mit denen die Daten vor Missbrauchsrisiken und unberechtigtem Zugang bzw. unberechtigter Nutzung ausreichend geschützt werden. Zweitens müsse eine gesetzliche Regelung, die eine allgemeine Speicherung personenbezogener Daten erlaube, eng auf die Zwecke der Verhütung und Aufklärung genau definierter schwerer Straftaten oder ihrer Verfolgung begrenzt sein. Drittens müsse der Zugang zu den Daten abhängig sein von einer vorherigen Überprüfung durch ein Gericht oder eine unabhängige Verwaltungsbehörde, die den Zugang auf das zur Erreichung des Zwecks absolut Notwendige beschränkt. Vor diesem Hintergrund entschied der High Court, dass Section 1 DRIPA aus zwei Gründen gegen EU-Recht verstößt: Zum einen enthalte die Vorschrift keine klaren und präzisen Regeln, mit denen der Zugang zu und die Nutzung von auf Vorrat gespeicherten Kommunikationsdaten strikt auf die Zwecke der Verhütung und Feststellung genau abgegrenzter schwerer Straftaten oder der sie betreffenden Strafverfolgung beschränkt ist. Zum anderen setze der Zugang zu den Daten keine vorherige Überprüfung durch ein Gericht oder eine unabhängige Verwaltungsstelle voraus, die den Zugang zu und die Nutzung der Daten auf das zur Zweckerreichung absolut Notwendige begrenzt.

DRIPA war erst 2014 verabschiedet worden mit dem Ziel, die Vorratsdatenspeicherung nach dem EuGH-Urteil rechtskonform zu regeln. Die vier Kläger, darunter zwei Abgeordnete des Unterhauses, hatten jedoch bezweifelt, dass das Gesetz die Vorgaben des EuGH ausreichend berücksichtigt. Der beklagte Innenminister hat bereits um eine Berufungsmöglichkeit ersucht, die der High Court im Urteil auch gewährte.

Das Urteil des High Court v. 17.7.2015, *Davis and Others v. Secretary of State for the Home Department* [2015] EWHC 2092 (Admin), ist abrufbar unter:

https://www.judiciary.gov.uk/wp-content/uploads/2015/07/davis_judgment.pdf

Das U. des EuGH v. 8.4.2014, verb. Rs. C-293/12 und C-594/12, ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=150642&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=327359>

Rechtsanwalt Sebastian Schweda

Impressum

„Europäisches Medienrecht – der NEWSLETTER“ ist ein Service des Instituts für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR)

Redaktion:

Institut für Europäisches Medienrecht (EMR)
Franz-Mai-Str. 6
D-66121 Saarbrücken

Telefon+49 681 99275 11

Fax +49 681 99275 12

Mail emr@emr-sb.de

Web www.emr-sb.de

Verantwortlich: Gianna Iacino, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. September 2015

Das EMR kann keine Verantwortung für den Inhalt der im Newsletter angegebenen Referenzen (Links) übernehmen.

Alle Autoren sind, soweit nicht anderweitig ausgewiesen, Mitarbeiter des Instituts.

Wir danken den Mitgliedern des *EMR Media Network* für die Zulieferung der Berichte.

Übersicht der verwendeten Länderkürzel/Kurzbezeichnungen:

AL: Albanien	AT: Österreich	AU: Australien
BA: Bosnien-Herzegowina	BE: Belgien	BG: Bulgarien
CA: Kanada	CH: Schweiz	CoE: Europarat
CY: Zypern	CZ: Tschechische Republik	DE: Deutschland
DK: Dänemark	EE: Estland	ES: Spanien
EU: Europäische Union	FI: Finnland	FR: Frankreich
GR: Griechenland	HR: Kroatien	HU: Ungarn
IE: Irland	IN: Indien	IS: Island
IT: Italien	LI: Liechtenstein	MA: Marokko
MD: Moldawien	ME: Montenegro	MK: Mazedonien
MT: Malta	NL: Niederlande	NO: Norwegen
LT: Litauen	LU: Luxemburg	LV: Lettland
PL: Polen	PT: Portugal	RO: Rumänien
RS: Serbien	RU: Russland	SE: Schweden
SI: Slowenien	SK: Slowakische Republik	TR: Türkei
UK: Vereinigtes Königreich	UN: Vereinte Nationen	US: Vereinigte Staaten
UZ: Usbekistan		